

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redigirt von J. B. v. Hoffstetten und J. B. v. Schweizer.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Spandauerbrücke 3, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreizehnpennige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Deutschland.

* **Berlin, 18. Jan.** [Landtagsverhandlungen.] Schluß der 2. Sitzung vom 17. v. M.

Nach der Vertagung gelangt der Westfälische Antrag betreffs Sistirung des Strafverfahrens gegen den Abg. v. v. Leeden zur Verhandlung. Ref. Assmann theilt den bekannten Sachverhalt mit und beantragt Annahme des Antrages. Diefelbe erfolgt fast einstimmig, nur einige Mitglieder der katholischen Fraktion stimmen dagegen. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. Es werden zu dieser Sitzung die Vorlagen der Minister erwartet.

Die gemeinsame Berathung der beiden großen liberalen Fraktionen über die Behandlung des Staatshaushalts fand vorgestern Abend im Englischen Hause statt. Man erzählt aus derselben, daß die Debatte sehr lebhaft war: Koch, Bender und Greiff sprachen u. A. für Durchberatung. Fordernbed wünschte eine Vorberathung im Plenum über die Frage. Eine Abstimmung fand nicht statt.

[In der Elberzogthümerfrage] sucht ein offenbar von preussischer Seite inspirirter Wiener Correspondent der „Köln. Zig.“ die ziemlich erstarrten preussischen Annerkennungshoffnungen wieder neu zu beleben. Er will, natürlich „aus gut unterrichteter Quelle“ wissen, daß, seitdem Oesterreich einen unabhängigen schleswig-holsteinischen Bundesstaat unter dem Augustenburger vorgeschlagen, und dieser Antrag von Preußen durch Stellung der nach Auffassung des Wiener Cabinets unannehmbaren Februarbedingungen zurückgewiesen wurde, von keiner Seite ein officieller Schritt geschehen sei, welcher direct auf die Lösung der Frage abzielt. Preußen habe bis jetzt nur ganz im Allgemeinen in diplomatischer Conversation seinen Wunsch, die Herzogthümer zu gewinnen, angedeutet. Ferner sei Oesterreich durchaus nicht abgeneigt, eine solche Lösung zu acceptiren, vorausgesetzt, daß es selbst für Abtretung seiner Ansprüche eine angemessene Entschädigung erhalte. Bezüglich des Charakters einer solchen Entschädigung sei höchst wahrscheinlich, daß in Wien eine solche in Form eines Geldbetrages unbedingt zurückgewiesen werden würde, da man sich in der Hofburg zu Wien der süßen Hoffnung hingebend, durch die neue Finanzverwaltung obnedies in nicht allzu langer Zeit seine Finanzen auf einen befriedigenderen Fuß zu setzen. Auch auf die frühere oft erwähnte Garantirung Venetiens lege man in Wien nicht mehr großen Werth, seitdem man sich durch die Annäherung an Frankreich gegen einen Angriff auf Venetien auf Jahre hinaus gesichert glaube. Es bleibe also nur noch die eine Entschädigungsart durch Gebietsabtretung übrig. Der Correspondent versichert mit großer Zuversicht, daß Seitens des Wiener Cabinets diese Form der Lösung angenommen würde; ja daß man in der Hofburg mit Ungeduld hierauf bezüglichen Vorschlägen des preussischen Cabinets entgegenstehe. „Wenn Ihr den Glauben hättet, so würdet Ihr Berge versetzen.“ — Dagegen werden, gegenüber

den bekannten Berliner officiösen Dementi's, die Mittheilungen, daß Oesterreich beabsichtige, nunmehr die schleswig-holsteinische Frage durch irgend einen Vorwand zu einer europäischen Angelegenheit umzustempeln, immer bestimmter wiederholt. Ferner spricht man neuestens in englischen Kreisen in Paris von gewissen Eröffnungen, welche das Oesterreich-Kabinet dem Kabinete von St. James in dem Sinne gemacht habe, die Elberzogthümerfrage allen Ernstes auf das Gebiet der internationalen Politik hinüberspielen zu wollen. Lord Clarendon habe, so behauptet man dort, in seiner Entgegnung gewisse Eventualitäten bezeichnet, in denen seine Regierung bereit sei, diese Angelegenheit so aufzufassen, als habe sie angehöre, eine rein deutsche zu sein, deren Behandlung auf einem internationalen Congresse nichts im Wege stände. Endlich hat die inspirirte Pariser „Provincial-Correspondenz“ (Kullier) Befehl erhalten, von Schritten zu sprechen, die Oesterreich in dieser Angelegenheit in Paris und London gethan. Nach alledem dürfte nicht zu bezweifeln sein, daß es sich um die Berathung eines Programms gehandelt hat und noch fortwährend handelt, dessen Spitze sich gegen die preussischen Vergrößerungs-Pläne richtet. Wenn trotzdem die preussischen Staatsmänner nicht daran glauben wollen, so mag es ihnen damit wohl abermals so gehen, wie seinerzeit mit der bekannten Augustdepeche Drouyn de Lhuys', die auch beharrlich von der „Nordd. Allg. Zig.“ geleugnet wurde und schließlich doch zugestanden werden mußte.

[Die Provincial-Correspondenz] bezeichnet die Marinevorlage als Präflöhen für die Wahrhaftigkeit und den Ernst der patriotischen Gesinnungen des Abgeordnetenhauses.

[Im Preßproceß gegen den „Social-Demokrat“] resp. gegen den seither verantwortlichen Redacteur desselben, Dr. v. Schweizer, ist auf morgen in erster Instanz Termin anberaumt. Es liegen wieder mehrere Anklagen vor, worunter gleichfalls eine angebliche Majestätsbeleidigung. Die Verhandlungen werden daher in gewohnter Weise mit Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden. Der Angeklagte, welcher sich noch in Untersuchungshaft befindet, wird sich, wie in den früheren Processen, selbst vertheidigen.

[Die Redaction des hiesigen „Publicist“] müssen wir aufmerksam machen, ihrem Lokalreporter etwas aufmerksamer auf die Finger zu sehen, als sie dies zu thun scheint. Vordrusig wollen wir wenigstens annehmen, daß die Redaction nur eine Unterlassungsünde begangen, indem sie nachstehenden, in ihrer Nr. 14 enthaltenen Artikel über die letzte Montags-Versammlung der social-demokratischen Partei paßten ließ, einen Artikel, der nur lägenhafte Verdrehungen enthält und außerdem von dem bekannten schernheiligen Bourgeois-Standpunkte ausgeht. Jener Artikel, den wir der Beachtung der Arbeiter zu allenfallsiger Erwiderung empfehlen, lautet:

Am Montag stand auch in einer Versammlung von Vassalleuten das Thema „Frauenarbeit“ auf der Tagesordnung. Die Redner, welche sich hören ließen, waren gegen die Frauenarbeit. Sie ließen also gleichfalls an dem niedrigen Standpunkte des Egoismus fest. Sauerbar, daß die Leute immer dabei von den Pflichten der Frau als Gattin und Mutter reden! Das wäre ganz schön, wenn der — sehr schlecht socialdemokratisch! — das Recht zum Arbeitsverdienst für sich allein in Anspruch nehmende Mann mit dem Eintritt eines gewissen Lebensalters zum Rathen staatlich, beziehungsweise gesellschaftlich gezwungen werden könnte. Da dies aber nicht der Fall ist, da vielmehr das freiwillige Heirathen nur etwa in dem Verhältnisse stattfindet, daß ungefähr ein Drittel sämmtlicher Frauen unvermählt bleibt, so möchten wir doch fragen, wo für diese Frauen die Pflichten als Gattin und Mutter stehen, um sie dieser Pflichten halber von dem Rechte auf nähernden Arbeitsverdienst zu ausschließen?

[Preussische Preß-Schicksale.] In den Hohenzollern'schen Fürstenthümern ist von einer in Württemberg erscheinenden, anscheinend nach Act des „Bürger- und Bauernfreund“ populär gehaltenen Zeitschrift, dem „Schwarzwalder Boten“ die in Nr. 2 wegen eines „Geißel zwischen Saale und Schuller“ mit Verbot belegt worden. Man erzählt bei dieser Gelegenheit, daß das schon die dritte derartige Maßregel sei und wahrscheinlich das Verbot nachfolgen werde. Das gestern mitgetheilte Erkenntniß erster Instanz gegen die „Köln. Zig.“ (wegen Aufnahme der Rede des Professors Stümpgen von Erlangen aus einem bayerischen Blatte) wurde vom Obergerichte sehr eingehend motivirt. Derselbe führte aus, daß die Bestimmung des Preßgesetzes, welche verlanget, der nachgewiesene Verfasser oder Herausgeber müsse innerhalb des Preussischen Staates seinen persönlichen Gerichtsstand haben, keine Anwendung auf die periodische Presse finden könne, sondern lediglich auf andere Druckschriften Bezug habe. Auf Appellation des Staatsanwalts kam die Sache zur zweiten Instanz. In der Vertheidigung wurde noch besonders betont, daß der Verleger, aufgefordert, den Verfasser oder Herausgeber zu bezeichnen, neben dem in der Zeitung selbst genannten Verfasser den Herausgeber nachgewiesen habe, der mit seiner Verantwortlichkeit eingetreten sei. Gleichwohl erkannte das Obergericht reformirend auch auf Strafe gegen den Verleger. Der Verleger hat sofort den Cassations-Recurs ergriffen gegen jene Entscheidung, die bis dahin seit Bestehen des Preßgesetzes in dieser Anwendung noch nicht vorgekommen sein dürfte und in ihren Folgen für die Tagespresse benachtheiligend wirken müßte, wenn sie zur Geltung käme, da dann Mittheilungen aus außerpreussischen Blättern fast unmöglich sein würden.

* **Berichtigung.** In der gestrigen Nummer ist auf der ersten Seite, Spalte 2, Zeile 4, von oben, statt: „A. B.“ zu lesen: „A. A.“ (Allerhöchsten Ansprache), ferner auf derselben Seite, Spalte 3, Zeile 20 und 21, von oben, statt: „findet Dienstag Abend“, „samt ac.“ und auf der zweiten Seite, Spalte 2, Zeile 28, von oben, soll es statt: „ständigen Ausschusses“ heißen: „ständigen Ausschusses.“

Ausland.

* **Paris, 16. Jan.** [Tagesbericht:] Die „aufrichtige Herzlichkeit“ mit Amerika. Ein Besuch des österreichischen Kaisers.

der Schaf dem ganz die nu willig E obenh dung dentid Anspr Welch diese oder sag gegen der Di will f nicht ter gü dem zogtl nirgen des m thum's „Sch seiner nicht sonal burgs gegang D der, d Confi verspr sezt, vertre begrei deöver Rechte D ander die, n genw grun keits B heitlid — tistif „Ham respon ter O österrc Paris die D Mon den, i Frage in Po man mögl von P Petri Zuziel man einer Italie sollen Paris gerüch wieder der Grün — Lobby Hand — Rhein proceß verbar liebe 3 digt, Blatte von die A Verbö

Venetien. Associationswesen. Spielwuth.) Das Kaiserthum ist unerschöpflich in Zeichnungen seines Verhältnisses zu auswärtigen Mächten. Für Oesterreich hegt es bekanntlich „aufrichtige Freundschaft“, für Belgien eine „sympathische Stimmung“ und nun läßt es noch durch die „France“ versichern, es stehe mit dem Washingtoner Kabinete auf dem Fuße d'une „sincère cordialité“ (aufrichtiger Herzlichkeit). Aus einer mehrwöchentlichen Urlaubreise Seward's wird frisch d'rauf los gefolgert, „daß eine so lange Abwesenheit nicht mit den kriegerischen Plänen harmonire, welche ihm gewisse Blätter zuschrieben.“ Abgesehen von einer Täuschung, an welche die „France“ vielleicht selbst nicht glaubt, vergißt dieselbe, daß die „aufrichtige Herzlichkeit“ eines amerikanischen Präsidenten oder Staatssekretärs nicht im Stande ist, etwas durchzusetzen, was gegen amerikanische Principien, Traditionen und Interessen ist. Die mexicanische Frage hat mehrere Abschnitte; der nächste, um den es sich handelt, ist die Frage: wann werden die Franzosen gehen? Gehen sie nicht, oder erfolgt keine feste Zusage über den Termin, so kann Seward sich darauf verlassen, daß ihm von der öffentlichen Meinung, vertreten im Congresse, in der Presse und in Volksversammlungen, keine ruhige Stunde gelassen wird, bis er seinerseits bestimmte Erklärungen über den äuffersten Termin ruhigen Zuwartens ertheilt hat. — In hiesigen italienischen, mit dem Palais Royal in Verbindung stehenden Kreisen läuft ein Gerücht um, wonach der Kaiser Franz Joseph von Oesterreich in den Tuilerien auf Besuch erwartet würde, wo er auf drei Tage in persönlichen Verkehr mit Napoleon zu treten vorhabe. Es soll sich dabei um eine neue Art von September-Convention handeln, die sich diesmal auf Venetien bezöge, um dieselbe durch einen Compromiß zu lösen. Benedig, so behauptet jenes Gerücht, sei bestimmt, eine „freie Stadt“ nach Art Hamburgs zu werden; Italien dürfe sich einen Theil des südlichen venetianischen Königreichs annexiren, während das Festungsviereck und die übrigen österröichischen Besitzungen an der italienischen Küste sodann in den deutschen Bund einträten und der Züricher Vertrag alsdann auf diesen Grundlagen einer Revision unterzogen werden könnte. Von diesem Augenblicke an könnte Oesterreich Italien anerkennen und beide Regierungen würden die so lange unterbrochenen freundschaftlichen Beziehungen zu beiderseitigem Vortheil wieder aufzunehmen im Stande sein. Das Gerücht entbehrt jedoch vorläufig noch jeglicher Bestätigung. — Die Frage über das Associationswesen soll in der bevorstehenden Session des gesetzgebenden Körpers erörtert werden. Man hofft, die Regierung zu vermögen, den Associationen einfach das Recht zuzugestehen, sich selbst zu constituiren, wie es ihnen belieben würde. Die liberalen Kammerfraktionen haben sich auch dahin vereinigt. — Seit gestern spricht man fast nur von einer großen Landknedtpartei, die in einem hiesigen Club gespielt wurde. Sie begann Sonntags um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr und endete Montags Abends um 7 Uhr. Ungeheure Summen wurden gewonnen und verloren. Ein Russe soll 170,000, ein Engländer 75,000 und ein Franzose 30,000 Fr. verloren haben. Mehrere gewannen 40—80,000 Fr. In den Dachstuben und in den Kellerwohnungen fehlt es unterdessen an Brod.

London, 17. Jan. [Die „Times“ noch einmal über die Bewegung in Irland.] Nach den neuesten Nachrichten aus Dublin sind die Fenier durch die Verurtheilung ihrer Führer keineswegs entmuthigt, sondern fangen wieder an, sich zu rühren. Die „Times“ sind jedoch der Ansicht, daß dies nicht viel zu bedeuten habe. Sie meinen, es handle sich bei den Feniern im Grunde nicht um eine Losreißung Irlands von England, sondern um eine Abschächtung und Plünderung der besitzenden Klassen zu Gunsten der Besitzlosen. Das Bourgeois-Blatt schreibt in seiner Angst:

Die Fenier haben keine hohe und veredelte Sache, für die sie kämpfen. Sie haben ein wenig Begeisterung in sich, aber noch weit mehr Selbstsucht und Plünderungslust. Das Pand, das die Brüder umschließt, ist nicht eine besondere gegenseitige Liebe oder Achtung, sondern das Begehren, sich zur Verübung eines gemein-

samen Verbrechens aneinander zu halten. Zu Ende ist das Fenierthum durchaus noch nicht, aber man kann sich getrost darauf verlassen, daß jeder Aufstand, den es etwa veranlassen möchte, scheitern wird. Die Maßregeln dagegen sind so vollständig getroffen und die Eisenbahn-Verbindungen machen die Concentration militärischer Macht so leicht, daß binnen wenigen Stunden die etwa geführte Ordnung wieder hergestellt sein kann.

*** Italien.** [Ministerielles Programm. Finanzplan. Peterspennig. Massimo d'Azeglio †. Neapolitanisches Räuberwesen.] In einem am 14. d. M. stattgehabten Ministerrathe wurde ein zwischen dem früheren Finanzminister Sella und Lamarmora vereinbartes Programm genehmigt, welches der Kammer vorgelegt werden, und aus dessen Annahme eine Kabinettsfrage gemacht werden soll. Das Programm, welches politisch-finanzieller Natur ist, und nach welchem die nothwendigen Ersparungen mit Hilfe einer gemäßigten Politik erzielt werden sollen, dürfte ein Protektum für die Actionspartei sein. — Das Ministerium soll an einem auf folgender Basis beruhenden Finanzplan arbeiten: Aufhebung von dreizehn Universitäten; Auflösung aller Unterpräfecturen; Auflösung von zehn Regimentern unter Verabschiedung sämtlicher Offiziere und Incorporation der Soldaten in mannschaftsschwache Regimenter; Verminderung der Appellhöfe, der Kreisgerichte und der Studienaufsichtsbehörden. Mittels dieser Ersparnisse hofft das Ministerium das Deficit auf 80 Millionen heruntzubringen, so daß die Einführung der Mahlsteuer überflüssig wird. Da aber die Discussion aller dieser Gegenwürfe die Verwirklichung dieser Ersparnisse für dieses Jahr sehr hinauschiebt, so soll durch ein letztes Anleihen von 200 Millionen Vorsorge getroffen werden. — Französische und belgische Bischöfe haben eine Demonstration für die Erhaltung der weltlichen Herrschaft des Papstes angeregt. Es handelt sich dabei jedoch nicht um eine neue Ergebnissadresse, sondern um Unterschriften für stehende Geldbeiträge, um eine geregelte Abgabe an den Stuhl Petri, so lange sie nöthig wäre. Diese Maßregel dürfte wohl nicht früher aufhören, als die Herrschaft selbst. — Italien hat einen herben Verlust erlitten: Massimo d'Azeglio ist am 15. Januar, Morgens 5 Uhr, in Tacin verstorben. Seit Wochen war man des Trauerfalles gewärtig, und doch trifft er schwer. Er gehörte zu den ersten Mitbegründern der Einheit Italiens, der Wiedergeburt einer edlen Nationalität, des neuen Aufschwunges eines verjüngten italienischen Kunstlebens. — Im Neapolitanischen scheint das Räuberwesen noch nicht enden zu wollen. In der Provinz Avellino fand am 4. Jan. ein Gefecht der Banditen mit den königlichen Truppen statt, wobei letztere den Kürzeren zogen. Das Kriegsgericht zu Potenza verurtheilte 5 Briganten zum Tode, deren Anklage auf mehr als 200 Verbrechen lautete. Der „Independente“ faßt die Thätigkeit im abgelaufenen Jahre zusammen: es verurtheilte 500 Individuen; mehr als 2000 Prozesse waren zu entscheiden, in welche über 3000 Angeklagte wegen Mitwisserschaft am den Brigantaggio verwickelt waren.

*** Spanien.** [Der Aufstand] kann, nach dem neuesten officiellen Bericht des „Moniteur Universel“ als beendet angesehen werden. „Entmuthigt, von Märschen und Entbehrungen erschöpft, sind die Rebellen in vollem Rückzuge und bemühen sich, über die portugiesische Grenze zu gelangen.“ Das Geheimniß, weshalb die Divisionen der Generale Zabala und Echague die Insurgenten nicht abfangen, erklärt der officiellen Bericht daraus, daß auch ihre Truppen erschöpft seien, daß aber Oberst Anca ihnen nachsetze und „die Bauern alle Augenblicke auf den Kreuzwegen verlassene Pferde auffangen.“ Uebrigens weiß der „Moniteur“ immer noch nicht, ob Prim über den Tajo geht oder nicht, tröstet sich aber damit, daß die Rebellen auf jeden Fall von den Mauthbeamten an der Grenze tüchtig dazwischengenommen werden dürften. — Aus Madrid vom 16. Jan., Abends, wird telegraphirt: Die Insurgenten unter Prim haben gestern Abend kurz vor 8 Uhr den Guadiana überschritten und sehen wiederum in großer Eile ihren March immer in der Richtung nach der portugiesischen Grenze fort.

Eine Depesche aus Paris vom 17. Januar Abends lautet:

Der „Abend-Moniteur“ meldet aus Madrid vom heutigen Tage, daß über Prim keine neuen Nachrichten vorliegen; nichts weise darauf hin, daß er die Grenze von Portugal überschritten habe. Andere Abendblätter melden, daß in Katalanen Ruhe herrscht: es hätten sich Bewaffnete in der Nähe der Stadt Reus gezeigt, doch war die Ordnung nicht gestört worden. — Die Nachricht von dem Tode des Admiral Pareja bestätigt sich vollkommen.

Ferner berichtet der „Abendmoniteur“ unter Madrid vom 16. Januar:

Nach den letzten telegraphischen Nachrichten mußte sich Prim am 15. d. Abends auf der Höhe von Merida, am Guadiana (in Extremadura), ungefähr 50 Meilen östlich von Badajoz, befinden, von wo aus eine Abtheilung gegen ihn abgefaßt worden war, um ihm den Weg nach Portugal zu verlegen. Die Discussion über die Aufgehängungs-Verurteilung Prim's sollte am 17. Statt finden. Die betreffende Commission des Senates hat darauf angetragen, daß Prim vor ein Kriegsgericht gestellt werde.

*** Amerika.** [Mexikanisches. Die landwirthschaftliche Association der Regier. Eine Petition an den Congreß um das Stimmrecht für die Frauen.] Das Tagesgespräch in Washington ist die Aufnahme, welche dem Gesandten der mexikanischen Republik bei dem Neujahrsempfange im Weißen Hause geworden ist. Das ganze diplomatische Corps will ihn offenbar nicht als den Vertreter einer Regierung kennen; denn Niemand sprach ihn an oder kümmerte sich um ihn. Von dem Präsidenten Johnson dagegen wurde Herr Romero freundlich begrüßt, wenn er auch nur wenige Minuten im Empfangszimmer blieb. Er erinnerte sich eine Zeit lang von den übrigen Mitgliedern der Diplomatie.

Dem Congresse ist die Korrespondenz vorgelegt worden, welche in Bezug auf die angebliche Wiederherstellung der Sklaverei in Mexiko geführt worden ist. In einem Schreiben vom 5. Oct. an den Hrn. Seward lenkt Hr. Romero die Aufmerksamkeit der amerikanischen Regierung auf diesen Punkt. Das von dem „Erzherzoge von Oesterreich, Ferdinand Maximilian, sogenannten Kaiser von Mexiko“ am 5. Sept. erlassene Dekret zur Anziehung von Einwanderern in mexikanisches Gebiet bestimmt unter Andern, daß der einwandernde Arbeiter sich verpflichte, für seinen Brodherrn die Arbeiten, die ihm angewiesen würden, zu verrichten und zwar auf mindestens fünf und höchstens zehn Jahre. Der Brodherr habe die Obliegenheit, für den Unterhalt der Kinder seiner Arbeiter zu sorgen. Wie Hr. Romero folgert, ist diese Form der Sklaverei eine erbliche, denn „falls der Vater stirbt, hat sich der Brodherr als den Vormund der Kinder zu betrachten, und letztere sollen bis zur Volljährigkeit in seinem Dienste bleiben, in derselben Stellung, welche der Vater früher eingenommen.“ Ein fernerer Paragraph bestimmt, daß „im Falle der Entweichung und Wiedereinbringung der Arbeiter ohne allen Lohn bei den öffentlichen Arbeiten zu verwenden sei, bis der Brodherr ihn zurückerfordere.“ Am 2. Novbr. 1865 hat darauf Herr Seward an Herrn Bigelow, den amerikanischen Gesandten in Paris, eine Depesche gerichtet, in welcher er ihn ersucht, Herrn Drouin de Lhuys auf diesen Versuch, eine neue Sklaverei in Mexiko einzuführen, ernstlich aufmerksam zu machen. Herr Bigelow hat diesen Auftrag in einer Depesche vom 22. Nov. ausgeführt. — In den verschiedenen, durch die Waffen der Verbündeten wiedererobernten Theilen der Südstaaten hatten sich, nach Niederwerfung der Rebellen verschiedene landwirthschaftliche Associationen unter den Regern gebildet. Durch Anwendung des Kriegesrechts waren nämlich Tausende von Pflanzungen das Eigenthum der Amerikanischen Regierung geworden und die Dienstbarkeit hatte der freien Arbeit Platz gemacht. Einige der großen Domänen wurden vertrammt und die einzelnen Grundstücke den Meistbietenden, waren es nun Schwarze oder Weiße, verkauft; andere dieser Besitzungen wurden an Speculanten vom Norden verpachtet, welche die Regier als Tagelöhner in Arbeit nahmen; noch andere waren unter sofortiger Erlegung des Kaufpreises von ehemaligen Sklaven gekauft worden, welche alle ihre